

Stellungnahme der FDP Billerbeck zum Haushalt 2013



Billerbeck, im Februar 2013

Die rot-grüne Minderheitsregierung beabsichtigt mit dem Gemeindefinanzierungsgesetz 2013 (GFG) eine weitere Umverteilung finanzieller Mittel zu Lasten des ländlichen Raumes anzustoßen. Obwohl viele Kommunen aus dem Münsterland aussichtsreich gegen das GFG 2012 Klage erhoben haben, hat die Landesregierung abermals den Prozentsatz für die Ermittlung des Sozialkostenansatzes noch einmal deutlich angehoben. Die FDP in NRW hat sich in der Vergangenheit dafür eingesetzt und setzt sich auch heute noch dafür ein, dass notleidenden Kommunen unter strikten Auflagen geholfen wird. Andererseits dürfen Kommunen, die mit vorbildlicher Haushaltsführung gewirtschaftet haben, nicht für diese Leistung bestraft werden, wie es derzeit geschieht.

Die FDP Billerbeck verurteilt daher die einseitige Bevorzugung städtischer Ballungsgebiete zu Lasten der Kommunen im Münsterland. Die ständige Unterfinanzierung der Kommunen durch das Land muss endlich beendet werden.

Nur durch eine nicht kalkulierbare Erhöhung der Gewerbesteuereinnahmen ist es der Stadt Billerbeck gelungen, den Haushalt 2012 auszugleichen. Auch für 2013 bleibt kaum Raum für wichtige Investitionen in die Zukunft. So fehlt weiterhin das Geld für die Einrichtung einer weiteren Sozialarbeiterstelle für die Schulen.

Die Stadt Billerbeck ist auch weiterhin auf die Schlüsselzuweisungen des Landes angewiesen, um so wichtige Investitionen im Bereich der Stadt- und Schulentwicklung tätigen zu können. Außerdem gilt es die Folgen des demographischen Wandels abzufedern. Wir müssen Ressourcen schaffen um den Anforderungen künftiger Generationen gerecht zu werden.

Angesichts der weiterhin angespannten Haushaltssituation verkennt die FDP nicht, dass auch die Kommunalpolitik ihren Beitrag zu Problemlösungen leisten muss.

Bei einer demografischen Entwicklung, die sich mittelfristig in eher rückläufigen Bevölkerungszahlen niederschlägt, muss mittelfristig auch die Verwaltung reformiert werden. Auf ein entsprechendes Konzept, dass von der Bürgermeisterin zu Beginn der letzten Wahlperiode angekündigt wurde, warten wir bis heute noch. Auch die Einrichtung eines Bürgerbüros im Erdgeschoss des Rathauses würde helfen, den Bürgern der Stadt einen barrierefreien Zugang zu Dienstleistungen der Verwaltung zu schaffen.

Verwaltung und Politik müssen entsprechende Strategien entwickeln, um die Leistungsfähigkeit der Stadt nachhaltig zu stärken. Wie schon in den Vorjahren gefordert, müssen mögliche Wege zu interkommunalen Kooperationen und interkommunale Bündelungen von Aufgaben gefunden werden.

Besonders weh hat der FDP der Umstand getan, dass die Stadt Billerbeck mit der Erarbeitung und Umsetzung der Stadtentwicklung auf Grund der angespannten Haushaltslage nicht eher beginnen konnte. Es ist zu viel Zeit verstrichen. Die Folgen sind unübersehbar. Weitere Ladenlokale sind zwischenzeitlich geschlossen worden.

Gott sei Dank, konnte aufgrund der guten Ertragslage bei der Gewerbesteuer nun endlich der Eigenanteil für die Beantragung von Fördermitteln in den Haushalt 2013 aufgenommen werden. Bleibt zu hoffen, dass die Mehrheit des Rates dabei nicht nur kosmetische Änderungen des Stadtbildes befürwortet, sondern auch Maßnahmen zur Belebung der Innenstadt ergreift. Die FDP ist weiterhin der Meinung, dass dazu nicht nur der Tourismus sondern auch ein großflächiger Markt in der Innenstadt einen Beitrag leisten kann. Dort, wo sich attraktive Märkte angesiedelt haben, profitieren auch kleine, inhabergeführte Geschäfte von neuer Kundschaft und können überleben.

Die Aussichten für die nächsten Jahre lassen aufgrund der mittelfristigen Finanzplanung keine wesentliche Besserung der Finanzlage der Stadt Billerbeck erwarten. Ziel muss es bleiben, die Entschuldung der Stadt weiter abzubauen.

Die FDP stimmt dem Haushaltsentwurf für 2013 zu.